



Rund 50 Akteure der Justiz kamen am Mittwoch im Foyer des Justizgebäudes in Eupen zusammen. Foto: Ralf Schaus

Kampagne: Anwälte und Magistrate präsentieren auch in Eupen Forderungskatalog

Akteure der Justiz läuten die Alarmglocke

• EUPEN

Bis vor wenigen Monaten hätte die Kundgebung wohl unter freiem Himmel stattfinden müssen. Doch am Mittwoch konnten sich die deutschsprachigen Magistrate und Rechtsanwälte im Foyer des neuen Justizgebäudes versammeln und verkünden: „Zur Rettung der Justiz in Belgien bleiben noch 66 Tage.“

VON CYNTHIA LEMAIRE

Rund 50 Akteure der Justiz (Magistrate, Rechtsanwälte, Greffiers und Verwaltungspersonal) des Gerichtsbezirks Eupen beteiligten sich am Mittwoch an der landesweiten Aktion „Ich glaube an den Rechtsstaat – 66 Tage zur Rettung der Justiz“ (siehe „Hintergrund“). Das erklärte Ziel: Gegen die chronische Unterfinanzierung protestieren und die künftige Regierung soll die Refinanzierung der Justiz auf ihre Prioritätenliste setzen. Bis zu den Wahlen blieben (am Mittwoch) noch 66 Tage. „Wir als Anwälte wissen, wie viel Arbeitspensum man in kür-

zester Zeit erledigen kann. In 66 Tagen ist sehr viel möglich“, betonte Elvira Heyen, Vorsitzende der Anwaltskammer Eupen.

Gerade erst haben die „Deutschsprachigen“ ihr nigelneues Justizgebäude in Betrieb genommen und jetzt dürfen sie sich beschweren und Forderungen stellen? Ja, sagt ganz eindeutig Marc Lazarus, Präsident der Vereinigung deutschsprachiger Magistrate. Über das neue Gebäude seien alle sehr glücklich. „Ich persönlich denke nicht, dass dies zur Folge haben muss, dass wir in lähmender Dankbarkeit, Ehrfurcht und Demut erstarrten müssen“, betonte er. Es gehe auch darum, Solidarität mit den Kollegen aus dem Inland zu zeigen, wo noch zahlreiche Gerichtsgebäude dem Verfall preisgegeben seien und dringend renoviert werden müssten.

Die Liste der Sorgen und Nöten der Anwälte und Magistrate ist lang. Sowohl bei der Organisation und der Finanzierung der Justiz liegt einiges im Argen, als auch beim Zugang zur Justiz, beim Strafrecht und bei der Gefängnispolitik. Ein sehr konkretes Beispiel, das die Anwälte betrifft: Seit 2014

sind sie dem Mehrwertsteuersatz von 21 Prozent unterlegen. Sie müssen die Steuer entrichten, auch wenn ihr Mandant ihnen die Rechnung schuldig blieb. Deshalb fordern sie das Herabsetzen der MwSt. auf die Honorare der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher auf sechs Prozent und eine Reduzierung der Gerichtsgebühren.

Unabhängigkeit und Rolle der Justiz als dritte Gewalt stehen auf dem Spiel.

Marc Lazarus wurde in seiner Ansprache deutlich: „Schon seit allzulanger Zeit ist es der Justiz unmöglich, ihre grundlegende Aufgaben wahrzunehmen. Damit sie ihre Rolle als dritte Gewalt im Staat ordnungsgemäß erfüllen kann, sind bedeutende Anstrengungen erforderlich.“ Dazu gehören u. a. die Einhaltung der gesetzlichen Personalkader und die Erleichterung der administrativen und finanziellen Hürden, um in den Genuss des weiterführenden juristischen Beistands zu kommen (Pro-Deo-System).

„Es kann nicht sein, dass sich nur noch Menschen, die in den Genuss der Gerichtskostenhilfe oder vermögende Menschen ein Gerichtsverfahren leisten können“, unterstrich Lazarus.

Aufhorchen lässt auch die Forderung nach Unabhängigkeit. In dem Forderungskatalog heißt es nämlich: „Wir fordern eine tatsächliche Selbstverwaltung des Gerichtswesens, ohne Bevormundung durch die Exekutive, ausgestattet mit ausreichenden Mitteln, die durch die Justizbehörden selbst verwaltet werden, unter Kontrolle des Parlaments und des Rechnungshofes“.

Weitere Forderungen betreffen u. a. den Zustand von Gerichtsgebäuden, ein integriertes Informatiksystem, den Zugang zur Justiz für alle Bürger, die Überbevölkerung der Gefängnisse, die medizinische Betreuung von Inhaftierten, die Zurverfügungstellung von Rechtsquellen in einer Datenbank und den Aktenrückstand am Brüsseler Appellationshof.

i Infos zur Kampagne (auch auf Deutsch) unter www.66tage.be.

Unfall: Schaufenster zertrümmert Frau verwechselt Gas- und Bremspedal

• EUPEN

An der Herbesthaler Straße in Eupen hat eine Autofahrerin am Dienstagnachmittag auf dem Parkplatz eines Geschäfts Gas und Bremse vertauscht.

Daraufhin machte der Pkw einen gehörigen Satz nach vorne und krachte in die Schaufensterscheibe. Verletzt wurde niemand.

Auf der Aachener Straße in Hauset hat sich am Dienstag-

morgen ein Auffahrunfall ereignet: Eine Autofahrerin hatte gegen 8.25 Uhr an einem Zebrastreifen gehalten, um Fußgänger über die Straße zu lassen, was eine zweite Autofahrerin zu spät bemerkte und hinten auffuhr. Die Unfallverursacherin wurde verletzt ins Eupener Krankenhaus gebracht. Beide Pkw wurden erheblich beschädigt und sind nicht mehr fahrtüchtig. (red)



Louis Mostert wurde vereidigt

Im Rahmen des Gemeinderates in Kelmis wurde am Montagabend Louis Mostert als Ratsmitglied vereidigt. Der PFF-Mandatar rückt für Ex-Bürgermeister Louis Goebbels

(PFF) nach, der sein Mandat niedergelegt hatte. In der letzten Legislaturperiode war Mostert ÖSHZ-Präsident der Göhlgemeinde.

Foto: Nathalie Wimmer



AUS DEM KELMISER GEMEINDERAT

Fließen des Galmeibads werden neu befestigt

PFF-Mandatar Jean Ohn wollte während der Kelmiser Ratssitzung wissen, wie es um die Fliesen des Galmeibades steht. Der zuständige Schöffe Mirko Braem (CSP) erklärte, es habe anfangs nur drei lose Fliesen gegeben. Mittlerweile seien es aber insgesamt 20 Stück. Dies stelle allerdings kein Sicherheitsrisiko dar. Auch auf die Wasserwerte habe es keinen negativen Einfluss, wie die regelmäßig abgenommenen Wasserproben aufweisen würden. In den Osterferien werde das Becken eh geleert. Im Rahmen dieser regulären Vorgehensweise würden die betroffenen Fliesen dann auch neu verlegt.

Fragen zum Verbleib des Obelisks

Die Ecolo-Fraktion im Kelmiser Rat wollte es genau wissen: „Was geschieht mit dem Obelisk auf dem Kirchplatz? Gibt es bereits eine Entscheidung?“ Der zuständige Schöffe Marc Langohr (CSP) verneinte diese Frage. Man sei dabei, die Pläne für die Umgestaltung des

Kirchplatzes in Kelmis zu verfeinern. Noch sei allerdings nicht klar, was in diesem Zusammenhang mit dem Obelisk geschehen werde. „Falls der Obelisk weggkäme, bedeutet das nicht, dass es kein Denkmal mehr geben wird. Wir werden diesen Schritt außerdem nicht gehen, ohne ihn abzusprechen“, versicherte der Schöffe und verwies auf die Kommission, in der das Thema bereits behandelt wurde.

Streik im Containerpark war nicht bekannt

Frédéric Gabriel (Ecolo) hakte nach, was es mit dem Streik am Kelmiser Containerpark vor einigen Tagen auf sich gehabt habe. Vor allem wollte er wissen, warum die Information über den Streik nicht auf der Webseite der Gemeinde vermerkt war. Schöffe Marc Langohr (CSP) gab zu, von dem Streik nichts gewusst zu haben. Er versprach, Informationen diesbezüglich einzuholen und nachzureichen. Sollte es abermals zu einem Streik kommen, werde man versuchen dies auch via Website an die Bürger weiterzuleiten. (nawi)

HINTERGRUND

Koen Geens: „Justiz braucht jährlich 740 Millionen Euro“

• „Ich glaube an den Rechtsstaat!“. Mit diesem Slogan hat die Gerichtswelt am Mittwoch landesweit auf die Einhaltung der Gesetzgebung über die Anzahl der Magistrate und Mitarbeiter und eine angepasste Finanzierung des Gerichtswesens, sowie die Notwendigkeit eines effektiven Zugangs aller Bürger zur Justiz mittels diverser Aktionen in den einzelnen Gerichtsbezirken des Landes hingewiesen.

• Justizminister Koen Geens (CD&V) schätzt, dass jährlich mindestens 740 Millionen Euro nötig sind, um die belgische Justiz zu refinanzieren. Eine weitere Amtszeit als Justizminister will er sogar an diese Refinanzierung knüpfen, wird er am Mitt-



Justizminister Koen Geens. Foto: Photo News

woch in den Zeitungen „Le Soir“ und „De Standaard“ zitiert.

• Bei der Refinanzierung gehe es nicht nur um mehr Perso-

nal — die Justiz zählt derzeit 25.000 Mitarbeiter —, sondern auch um eine Verbesserung der Infrastruktur und der Informatik, so der Justizminister.

• Insgesamt seien 500 Millionen Euro allein für die Justiz erforderlich — 300 Millionen Euro für das Gerichtswesen und 200 Millionen Euro für die Gefängnisse. Ferner benötige man noch 240 Millionen Euro ausschließlich für die Justizgebäude und Gefängnisse, so der Föderalminister. In der vergangenen Woche hatten die frankofonen Christdemokraten der CDH sich ähnlich geäußert. Eine Regierungsbeteiligung wollen sie von zusätzlichen Mitteln für die belgische Justiz abhängig machen. Die

CDH brachte eine Summe von 500 Millionen Euro ins Spiel.

• In einer am Mittwoch veröffentlichten gemeinsamen Mitteilung der frankofonen und deutschsprachigen Anwaltskammern des Landes (avocats.be) heißt es, dass man bis zu den Wahlen am kommenden 26. Mai immer wieder mit Aktionen auf die Missstände, unter denen das belgische Gerichtswesen leide, hinweisen werde. Außerdem werde man der Politik auch nach den Wahlen in Sachen Verwirklichung von Wahlversprechen sowie die Umsetzung von Worten in Taten samt der dazugehörigen finanziellen Mittel auf die Finger schauen. (um/belga)